

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaßene Pefitzzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 27 :. 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 :. Telephon: Amt Morichplatz, 2120

Berlin, den 4. Juli 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Symptome des Staatsbankrotts! — Unsere Kinder und unser Kampf. — Zu der Gelmaßarbeiterfrage. — Mittelheimer Brief. — Aus anderen Organisationen. — Korrespondenzen. — Aus unserem Beruf. — Adressenänderungen. — Bekanntmachung. — Sterbefaßel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 6. bis 12. Juli 1919 ist der 28. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Symptome des Staatsbankrotts!

Von Dr. Oskar Stillich, Dozent an der Humboldt-Hochschule in Berlin.

Die Frage, ob bei uns in Deutschland der Staatsbankrott ausbrechen wird oder ob er vermieden werden kann, wird von vielen gestellt. Aber sie zeugt von wenig Einsicht in die gegebene Sachlage und ich möchte sagen von einer gewissen Naivität des Denkens. Denn wir befinden uns bereits mitten in einem Zustand, der alle Zeichen des Bankrotts an sich trägt. Wenn daher Professor Julius Wolf in einem Artikel über finanzpolitische Selbsttäuschung im „Tag“ vom 30. April 1919 durch das Mittel einer Auferlegung weiterer Verbrauchs- und Aufwandssteuern die Situation zu retten glaubt und erklärt: „Ein Verzicht auf große indirekte Steuern würde den Staatsbankrott unausweichlich machen“, so liegt darin m. E. offenbar eine Verkenning derjenigen Symptome, die gegenwärtig bereits als Ausdruck indirekter Zahlungsunfähigkeit vollswirtschaftlich in die Erscheinung treten. Und diese Selbsttäuschung besteht nicht nur in nationalökonomischen Kreisen, sondern ist weit darüber hinaus verbreitet. Man glaubt, die Zukunft werde erst darüber entscheiden, ob der Staatsbankrott eintrete und diskutiert darüber, ob unsere Wirtschaft die Lasten werde tragen können, die die Kriegsschädigungen über sie verhängen.

Und doch stehen wir, wie gesagt, bereits in der Gegenwart mitten im Staatsbankrott. Seine Kennzeichen treten allerdings nicht offen und nackt hervor, sondern verschleiert. Daraus läßt es sich erklären, warum es für die großen Massen des Volkes schwerfällt, die finanzielle Lage richtig zu beurteilen. Die meisten stellen sich unter Staatsbankrott einen Zustand vor, der in der Weise auftritt, daß beispielsweise jemand, der 10 000 Mark sein eigen nennt, plötzlich am nächsten Morgen, wenn er erwacht, nichts mehr hat — oder daß der Beamte, der bisher regelmäßig sein Gehalt erhielt, nichts oder nur einen Teil desselben bekommt — oder daß der 5-Milliarden-Tribut, den der Zinsendienst des Reiches erfordert, nicht mehr entrichtet wird; all das würde eine offenkundige Zahlungs Einstellung des Reiches bedeuten und zu einer

Katastrophe führen, deren Folgen man sich schwer vorstellen kann. Weil sich nun der Vorgang, um den es sich hier handelt, nicht in dieser Weise vollzieht, glauben viele, daß der Staat nach wie vor solvent sei und durchaus allen seinen Verpflichtungen nachkomme, daß also vorläufig wenigstens von einem Bankrott nicht die Rede sein könnte. Sie erkennen das Wesen des Zustandes nicht, in dem sie leben, trotzdem sie seine Folgen und Leiden täglich verspüren.

Ein offener Bankrott, wie er früher vorzukommen pflegte, trat in der Weise zutage, daß der Staat auf den verschiedensten Gebieten seine Zahlungen einstellte. So war es in Preußen nach der Niederlage des Jahres 1806. Die Beamten erhielten nur noch Teile ihres Gehalts, den Rest mußten sie dem Staate stunden. Der Zinsendienst der Staatsschuld wurde reduziert und auch andere Staatsverpflichtungen konnten nicht erfüllt werden. Solche offenen Staatsbankrotte hat es in der Geschichte fast aller Staaten in früheren Zeiten gegeben. Länder, die heute glänzend dastehen, wie z. B. Argentinien, gehörten noch im Anfang der 1890er Jahre zu den insolventen Schuldnern. Von den Staaten der Gegenwart ist es die Sowjet-Republik, die in unzweideutiger Form den offenen Staatsbankrott erklärt hat, indem sie große Geldebeträge wertlos machte, die Anleihen annullierte usw. Aber in anderen vom Kriege heimgesuchten Ländern, zu denen Deutschland gehört, meldet sich dieses Gespenst in anderer Form an. Es tritt nicht offen, sondern verschleiert hervor. Diese für unser gegenwärtiges Staatswesen charakteristische Form des Bankrotts haben wir jetzt näher zu betrachten.

Seine Kennzeichen sind andere als die der unmittelbaren Zahlungseinstellung. Wir sehen ja, wie jetzt während der Revolution die Notenpresse arbeitet und die Geldmittel geschaffen werden, um alle Verpflichtungen zu erfüllen: der Zinsendienst ist aufrecht erhalten, die Kupons werden eingelöst und kein Beamter braucht auf sein Gehalt auch nur eine Stunde länger zu warten als bisher. Ja das Reich zahlt sogar den Arbeitslosen gewaltige Unterstützungen aus, unterhält eine sehr kostspielige Militärarmut und gibt auch sonst für die verschiedensten Zwecke Geld aus, das prompt gezahlt wird.

Wollen wir uns über den heutigen Zustand Klarheit verschaffen, dann müssen wir die Symptome des versteckten Bankrotts aufsuchen, der in großen Partialwirkungen unser wirtschaftliches und soziales Leben heimsucht und in dessen kalten Schatten die Gegenwart ruht!

Das wichtigste Kennzeichen desselben ist die Erkrankung unseres Geldwesens: die unaufhaltsame Entwertung der deutschen Reichsmark. Aber wohlgeachtet: nicht das Sinken unserer Valuta an sich ist ein Zeichen des Staatsbankrotts, denn es besteht auch in anderen Ländern, deren Finanzwesen noch gesund und intakt ist, sondern die Tatsache, daß der Staat diesem Sinken bei uns nicht mehr Einhalt zu gebieten vermag, daß er

gezwungen ist, die Notenpresse immer weiter in Bewegung zu setzen und dadurch der Entwertung immer weiteren Vorschub zu leisten. So ist es gekommen, daß das deutsche Geld im Ausland 300 Prozent unter der Friedensparität steht, d. h. 3 Mk. zurzeit eigentlich noch weniger wert sind, als früher 1 Mk. Dem entspricht auf der anderen Seite ein ungeheures Goldagio, eine immer größer werdende Differenz zwischen Papier und Metall.

Diese Geldentwertung hat zur Folge, daß der Staat aus eigener Kraft immer weniger fähig wird, im Auslande genügend Nahrungsmittel einzukaufen, um die Bevölkerung zu ernähren und genügend Rohstoffe, um die Industrie zu speisen und in Gang zu setzen. Er kann es noch, aber unter unerhörten Opfern und durch Mittel, die seine finanzielle Abhängigkeit weiter vermehren. Das Reich ist also nur instande, um den Preis eines gewaltigen Einfuhrzolls, den es dem Auslande gegenüber zu entrichten hat, und der in hohem Maße prohibitiv wirkt, einen Import überhaupt zu ermöglichen.

Der maskierte Staatsbankrott kommt weiter zum Ausdruck in der Wertung der Kriegsanleihen. Es gelingt nicht mehr, durch staatliche Intervention den Kurs zu halten. Allerdings zahlte vor dem Bekanntwerden des Dorfriedensvertragsentwurfs die Reichsbank für kleine Beträge noch einen Preis von 87½ Proz. Seit dem 26. Mai aber beträgt der Aufnahmekurs nur noch 80 Proz., und zwar für Beträge von 2000 M., wobei der Verkäufer nachzuweisen hat, daß er Zeichner der Anleihe war. Im freien Markt notierten die Kriegsanleihen damals nicht viel über 80 Prozent. Am 20. Mai war der Kurs auf zirka 73 Proz. gefallen! Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er weiter sinken wird. Damit tritt eine automatische Verminderung der Anleihe Schuld ein. Nehmen wir einmal an, der Kursabfall würde 30 Proz. betragen, dann würden die nahezu 100 Milliarden Mark Schuldverschreibungen nur noch zirka 70 Milliarden wert sein und diese Verpflichtung ungeheurer privater Vermögensbestandteile würde ohne jede offizielle Annullierung gleichsam von selbst, durch das Wechselpiel von Angebot und Nachfrage, vor sich gegangen sein.

Aber auch in bezug auf die Verpflichtung des Reiches, die Kriegsanleihen zu verzinsen, werden bereits die ersten Symptome des Bankrotts sichtbar. In dem neuen Steuerprogramm der Regierung befindet sich eine 10prozentige Kapitalertragssteuer, deren Ergebnis auf 1,3 Milliarden geschätzt wird. Das bedeutet eine effektive Heruntersetzung der in Schuldverschreibungen verbrieften Staatsverpflichtungen um ein Zehntel. Der bis 1924 als fest garantierte Zins der Kriegsanleihe bleibt zwar nominell auf 5 Proz. bestehen, in Wirklichkeit aber beträgt er, wenn die Steuer eingeführt wird, nur noch 4½ Proz., und das ist sicher erst der Anfang der Zinsreduktion; denn der riesigen Betrag ist auf die Dauer nicht aufzubringen,

Der verschleierte Staatsbankrott tritt weiter in der Impotenz des Reiches und der Einzelstaaten zutage, das Gehalt ihrer Beamten mit den veränderten wirtschaftlichen Anforderungen in Einklang zu bringen. Die Festbesoldeten sind die speziellen Leidtragenden der neuen Zeit. Denn der Staat, der die Garantie eines gewissen Standard of life seiner Beamten übernommen hat, ist nicht mehr imstande, seiner Verpflichtung zur Aufrechterhaltung desselben nachzukommen, ihnen ein Gehalt zu zahlen, das in einem erträglichen Verhältnis zu den Preisen der Lebensnotwendigkeiten und den Anforderungen ihrer Lebenshaltung steht. Die Regierung hat das auch offen zugestanden. So heißt es z. B. in einer Erklärung des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten an den Deutschen Eisenbahnerverband (Mai 1919): „In Anbetracht der schwierigen Lage, in der sich gegenwärtig der weitaus größte Teil der Bevölkerung befindet, ist das Streben der Eisenbahner nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse als durchaus berechtigt anzuerkennen. Dies auf dem Wege einer Erhöhung des Einkommens herbeizuführen, ist aber für den Staat unmöglich. Die hierzu erforderlichen werdenden Mittel aufzubringen, ist er gänzlich außerstande.“ In dieser Begründung liegt nichts anderes als das Eingeständnis des Bankrotts.

Sand in Sand mit der durch den Krieg und die Maßnahmen zur Aufbringung der notwendigen Mittel hervorgerufenen völligen Verschlebung der wirtschaftlichen Verhältnisse geht eine markwürdige Erscheinung, die vorläufig von unserer Bevölkerung nicht erkannt und nur von wenigen begriffen wird: die Aufsaugung des privaten Reichtums durch die öffentlichen Körper. Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der es zwar noch nominell, aber nicht mehr de facto reiche Leute gibt. Denn das Vermögen und Einkommen aller derjenigen, die es nicht inzwischen im Ausland in Sicherheit gebracht oder es in ausländischen Staatspapieren und Aktien angelegt haben, — die ja aber auch zum größten Teil inzwischen der Beschlagnahme durch das Reich verfallen sind — oder es schließlich durch verschleierte Bilanzierung und andere Maßnahmen zu verbergen verstanden haben, ist durch eine große Reihe von Forderungen in so hohem Maße verbelastet, daß eigentlich kaum noch etwas übrig bleibt. Diese Forderungen stellen eine Anzahl von Hypotheken dar, deren Größe noch gar nicht berechnet werden kann. Hierher gehören als erster bevorrechtigter Posten die Entschädigungsansprüche der Entente, die Kriegsunterstützungsansprüche der Verstimmelten, Witwen und Waisen der Gefallenen, der Schulden- und Zinsendienst des Reiches, der Einzelstaaten und Kommunen usw. Diese hypothekierten Vermögens- und Einkommensquoten verwandeln alle Kapitalisten in Exkapitalisten.

Das alles sind Symptome das heute bestehenden Zustandes unserer wirtschaftlichen Lage und des mit ihr auf Gedeih und Verderb verbundenen Staatswesens. Ob sie sich vermehren oder vermindern werden, steht dahin. Ich glaube jedoch nicht, daß der Schleier, der die Finanzlage umhüllt, durch die Erklärung des offenen Staatsbankrotts rücksichtslos weggerissen werden wird. Denn dies könnte das Uebel nur verschlimmern. So würde sicherlich z. B. die Annullierung der Kriegsanleihen, obgleich sie das Reich von einem gewaltigen Passivposten befreite, katastrophale Folgen haben. Die politische Aufgabe der Regierung kann daher nicht darin bestehen, den Zustand durch solche Maßregeln zu verschärfen, sondern darin, den verschleierte Bankrott zu organisieren und Maßnahmen zu treffen, die seine Folgen ökonomisch auf ein Minimum reduzieren. Die ganze Staatskunst der Gegenwart wird sich darauf konzentrieren müssen, die Neuordnung der Finanzen in die Wege zu leiten und so im Rahmen des Möglichen den Gesundungsprozeß vorzubereiten. Diese Sanierung unter dem Druck der ungeheuren internationalen Last der Friedensbedingungen durchzuführen, ist jetzt die gewaltige, fast die Kräfte eines Genies übersteigende Aufgabe, die dem neuen Reichsfinanzminister zu lösen obliegt.

Unsere Kinder und unser Kampf.

Kapitalistischer Geist erfüllt die Welt. — Das zeigt uns von selber, daß ein Gegensatz besteht zwischen der Welt draußen und der daheim. Da draußen ist eben die Welt von heute mit ihrem Eigennutz und ihrer kapitalistischen Eier. Nur daheim kann wohnen der Geist der Sittlichkeit, der Geist des Versteheens, der Einigkeit, der Liebe. Und so ist die Welt daheim die Pflegetochter des Geistes der kommenden Zeit und es muß unser Streben sein, die Welt daheim der Welt der Zukunft dienstbar zu machen. Je mehr wir daheim pflegen die inneren Werte, um so mehr tragen wir davon durch unsere Kinder hinein in die Zukunftswelt.

Ein Stüchchen Zukunftswelt soll sich also daheim abspielen. Frei von kapitalistischem Geiste muß darum das Leben bei unseren Lieben sein. Was daheim geschieht, soll getan werden im Geiste des Menschentums, es soll vollbracht werden, um dem Ganzen, der Familie zu dienen, um andere, die Eltern und Geschwister, zu erfreuen. Aus edelsten Motiven heraus soll da alles Denken und Handeln geschehen. Die Liebe soll da sein des Lebens Königin.

Und dennoch: wie manchmal wird nicht auch bei uns eine gute Tat, ein Liebesdienst mit Geld belohnt, und wenn es auch nur wenige Pfennige sind?

Zuerst soll die Seele werden in unserem Kinde; es soll innerlich reich werden und groß und stark, dann versteht es von selber nachher den gewerkschaftlichen Arbeitskampf, ja, dann fühlt es dieses Kampfes ganze Seele, da es selbst reich ist an innerem Wert, und da es fühlt, daß der Kapitalismus jedes seelischen Erlebens bar ist, daß das seelische Glück uns nur wird in jener freien Wirtschaftswelt, die unser gewerkschaftlicher Kampf erstrebt.

Eine gewaltige Macht bedeutet heute der gewerkschaftliche Verband. Wie sind die Organisationen gewachsen und groß geworden! Und sie werden weiter wachsen. Doch nicht nur an Zahl, auch an Kultur gehalt. Wie spricht man schon heute mit Achtung von der gewerkschaftlichen Disziplin, der gewerkschaftlichen Treue, der gewerkschaftlichen Solidarität. Auch diese Werte werden zunehmen und wachsen. Immer klarer, reiner, weiter und tiefer wird mit der Organisation hervortreten die sittliche Idee, die in ihr steckt, immer mehr wird der Begriff „gewerkschaftlicher Kampf“ sich decken mit dem Begriff höchsten Menschentums. Und unser Geist wird sein, der dann in jenen liebedurchsontnen Zeiten den Kampf befecht, wenn wir unseren Kindern mit unserer ganzen Persönlichkeit eingeben diese gewerkschaftliche Kampfesseele.

Dr. Gustav Hoffmann.

Zu der Heimarbeiterfrage.

Bezugnehmend auf den Bericht über die gescheiterten Verhandlungen in Nürnberg in Nr. 24 unserer Zeitung sendet uns der stellvertretende Vorsitzende der Offenbacher Fabrikantenvereinigung, Herr Richard Cahn, eine Verzichtung dahingehend, daß die Arbeitgeberchaft in Sachen Heimarbeit als letztes Zugeständnis in Nürnberg folgende Vorschläge gemacht habe:

1. daß diejenigen Arbeiter, die vor dem Kriege als Heimarbeiter beschäftigt waren, soweit sie das 35. Lebensjahr erreicht haben, weiter als Heimarbeiter beschäftigt werden dürfen,
2. daß diejenigen auch solche Leute, die seither nicht in der Heimindustrie tätig waren, soweit sie das 45. Lebensjahr erreicht haben, sowie
3. außerdem solche Arbeiter, die wegen chronischer Krankheit, körperlichen Gebrechen oder hohen Alters nicht mehr im Fabrikbetrieb arbeiten können.

Die Beschäftigung als Heimarbeiter soll nur dann gestattet sein, wenn sich die Betroffenen im Besitz einer Ausweisurkunde befinden, die von einer paritätischen Kommission bzw. den bestehenden Arbeitsgemeinschaften auszustellen sind.

Die Herren Kommissionsmitglieder der Industrie standen außerdem auf dem Standpunkt, daß es den Heimarbeitern gestattet sein muß, erwachsene, zum Haushalt gehörige Familienmitglieder mit zu beschäftigen und mithin auch ein entsprechendes Quantum Arbeit gegeben werden darf.

Die Arbeitgebervertreter waren weiter bereit, dem Heimarbeiter als Entschädigung für die Stellung des Arbeitsraumes, Beleuchtung, Heizung 3 Prozent seines Jahresverdienstes zu vergüten.

Es ist uns allerdings neu, daß die Fabrikantenvertreter in Nürnberg letzten Endes noch das Zugeständnis einer Altersgrenze von 45 Jahren gemacht haben sollen. Nach dem letzten getrennten Beratungen beider Parteien stand man in diesem Punkt auf 40 Jahre, und als man dann in nicht mehr sehr parlamentarisch geführter Rede und Gegenrede einander zu überzeugen versuchte, ist — nach unserer Erinnerung von Herrn Wädler, Leipzig — der Zwischenruf gefallen: „Na 45?“ Als offizielles Zugeständnis haben wir das nicht ausgefaßt, es war's auch nicht. Aber lassen wir es gelten, so ist doch die Situation damit um kein Jota verändert.

Nach den obigen, von Herrn Cahn nochmals ausdrücklich festgestellten Vorschlägen sollen alle, die schon vor dem Kriege als Heimarbeiter beschäftigt wurden, als solche weiter beschäftigt werden dürfen, sofern sie 35 Jahre alt sind. Zweitens neue Heimarbeiter in unbeschränkter Zahl, sofern sie das 45. Jahr erreicht haben und drittens Arbeiter jeglichen Lebensalters mit chronischer Krankheit, körperlichen Gebrechen usw. Wir wollen nur die letzte Kategorie als Heimarbeiter künftig noch zulassen und auch die nur nach sorgfältiger Auswahl und gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse und Umstände, durch die im Reichstagsreferendum vorgesehene paritätische Kommission. Nach unseren Forderungen sollte den so zugelassenen Heimarbeitern außerdem das Arbeitsquantum dergestalt zugemessen werden, daß sie nur für ihre Person und nur täglich acht Stunden daran Beschäftigung haben. Denn gerade den Kranken und Gebrechlichen tut es doch am meisten not, daß sie sich mit einer täglichen Arbeitszeit von acht Stunden bescheiden. Was aber wollen dagegen die Unternehmer? Man beachte ihren diesbezüglichen Vorschlag, der ausdrücklich verlangt, daß es den Heimarbeitern gestattet sein muß, erwachsene, zum Haushalt gehörige Familienmitglieder mit zu beschäftigen und soll ihnen zu dem Zwecke auch ein entsprechendes Quantum Arbeit gegeben werden. Es ist doch wirklich kein Kunststück, sich die Produktion auszumalen, welche unsere schlauen Fabrikanten auf dieser Grundlage aufzubauen vermöchten. In Berlin und Offenbach, den für die Hausindustrie in unserem Gewerbe typischen Hauptorten, dürfte sich in 50 von 100 Familien sicherlich ein kranker, alter oder mit einem Gebrechen befallener Arbeiter finden, dem man auf Grund seines Zustandes die Ausweisurkunde als Heimarbeiter verschaffe. Je nach der Größe der Familie des armen Teufels, der nur seinen Namen als Aushängeschild herzugeben brauchte, hätten wir hier wieder die schönste Zwischenmeisterbude, deren Abschaffung uns die Fabrikanten als eine wahrhaft große Tat mit so pompösen Worten in Nürnberg zugestanden haben. Mit dieser Art Ersatz für Zwischenmeister aber würden wir wie mit allem Ersatz einen äußerst schlechten Tauch machen, denn während wir die heutigen Zwischenmeister doch hier und da mal fassen konnten, fänden wir dem neuen Auswuchs gänzlich ratlos gegenüber. Ja, wir dürften die Zustände bei dem neuen Mann nicht einmal in der Deffektivität kritisieren, nachdem wir ihm mit seiner Erlaubnisurkunde ja den schönsten Freibrief ausgestellt hätten. Die alten mitleidigen Zustände des Zwischenmeisterumwensens wären damit in fast noch schlimmerer Form von uns sanktioniert und nur noch mehr als bisher in das unkontrollierbare Dunkel der Privatwirtschaft geschleudert. — Wir werden uns hüten, meine Herren, in diese Falle zu gehen, der Köder reizt uns nicht.

Und wie steht es mit dem ersten und zweiten Punkt der von Herrn Cahn hier nochmals reproduzierten, famosen Fabrikantenzugeständnisse? Nach Punkt 1 werden alle 35 Jahre alten und vor dem Kriege als Heimarbeiter beschäftigt Gewesenen wieder als solche weiterbeschäftigt. Natürlich auch diese mit ihren Familienangehörigen und entsprechendem Arbeitsquantum. Bei der großen Zahl der vor dem Kriege im Heimarbeitsverhältnis stehenden bedeutete das eine erhebliche Verschlechterung des heutigen Zustandes, da mittlerweile doch eine beträchtliche Anzahl Heimarbeiter unter dem Zwang der Verhältnisse in die Fabriken übernommen worden sind. Die Altersgrenze könnte uns hier wenig nützen, denn die Jüngeren sind eben die Söhne, Töchter und Verwandten der über 35 Jahre Alten und könnten als Familienmitglieder ruhig weiterbeschäftigt werden, fern von der Fabrik und geschützt vor der aufzeigenden Tätigkeit der Werkstatkollegen, Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute. — Endlich geht der zweite Punkt der Fabrikantenvorschläge noch weiter und will jedem, der das 45. Lebensjahr erreicht hat, die Heimarbeit gestatten, auch wenn er seither nicht in der Heimindustrie tätig war. Das geht denn doch schon über die Hufschur, denn wollte die Arbeiterchaft das anerkennen, dann hätte sie sich einen rechten Wärendienst geleistet. Abgesehen davon, daß auch hier die Familienangehörigen wieder in Frage kommen, hätte mit dieser Bestimmung jeder mit seinem 45. Geburtstag das Privilegium zum Heimarbeiter. Aber auch der Reichstagsreferat, dem jetzt schon seit Jahren die Heimarbeit verboten ist. Da mit der Ausweisurkunde im Gegensatz zu heute ja dann gar

verbrieftes und tarifliches Recht auf die Heimarbeit geschaffen wäre, so würden die Herren Fabrikanten schon dafür Sorge tragen, daß man bald die Sattler und Portefeuller über 45 Jahre in den Betrieben mit der Laterne des Diogenes suchen könnte. Dann wären wir mit der jahrelangen Bekämpfung der Heimarbeit denn glücklich so weit, daß wir sie auf eine wesentlich breitere Grundlage gestellt und im Tarifvertrage fest verankert hätten. Darum liegt der Schwerpunkt dieser Sache nicht bei der Altersgrenze, und deren Erhöhung um 5 oder 10 Jahre macht das Zugeständnis der Unternehmer unseren Kollegen nicht schwächer. Bei jeder Altersgrenze wird man einen Berechtigten finden, der den Namen dafür hergibt, unter welchem sich der Fabrikant billige Arbeitskräfte zu sichern gedenkt. Die Arbeiterschaft der Lederwarenindustrie weiß, worauf es ankommt, und daß mit Pallastionmitteln dem Uebel nicht mehr beizukommen ist. Nach dem Unternehmervorschlagen würde wieder einmal ein Geschwür ausgeknitten, um noch schlimmeren Krebswucherungen Platz zu machen. Darum bitte, keine Doktor-Eigenbari-Kuren mehr, die das Uebel nur verschlimmern. Die Ausnahmen, in welchen unser Reichstariertwurf die Beschäftigung als Heimarbeiter noch gestattet will, sind schon das Aushere, was auf diesem Gebiete noch zugefanden werden kann, und auch das nur mit der Kontrolle einer wirklichen Beschränkung der Heimarbeit auf den Rahmeninhaber und einer Arbeitsmöglichkeit von durchschnittlich nur 48 Stunden pro Woche. Auf weiteres kann sich die Lederwarenarbeiterschaft nicht einlassen, wenn sie sich nicht selbst den Boden der tariflichen Ertragschaften unter den Füßen hinwegziehen will. Die Fabrikanten aber wissen nur zu gut, was ihnen an der Heimarbeit verloren geht. Weniger die Konkurrenzfähigkeit, als vielmehr der dreimal heilige Profit.

Rüffelheimer Brief.

Rüffelheim, 14. Juni 1919. Trotz der feindlichen Beschäftigung, die jede Versammlungstätigkeit unterbindet, können wir mit der Entwicklung unserer Verwaltungsstelle vollauf zufrieden sein. Während der Kriegszeit auf ein kleines Häuflein zusammengekommen, verdanken wir es nur der aufopfernden Tätigkeit einiger am Platze verbliebener Kollegen, daß unsere Bewegung, wenn auch in recht bescheidenem Maße, sich über Wasser hielt. Nach Beendigung des Krieges kam durch die Rückkehr einer Anzahl Kollegen wieder etwas Geist und Leben in die gewerkschaftliche Tätigkeit. Die Arbeitsgelegenheit war während des Krieges und in den ersten Monaten nach der Revolution in unserem Beruf äußerst gering. Der größte Teil unserer Kollegen war gezwungen, in Abteilungen der Metallindustrie Beschäftigung zu suchen. Mit Beginn des Frühjahrs setzte eine plötzliche, unerwartete, beinahe an die Hochkonjunktur der Jahre 1911—12 grenzende Tätigkeit im Karosseriebau ein. Die Zahl der gegenwärtig in unserem Beruf tätigen Kollegen beläuft sich auf 92. Durch die Vervielfachung vom übrigen Deutschland war es nicht möglich, die nötigen Kräfte heranzuziehen, so daß wir einige Zeit gezwungen waren, Ueberstunden zu machen. Durch neue Arbeitsmethoden und Herstellung neuer Typen wurde uns in bezug auf die Akkordpreissetzung eine Tätigkeitsfeld eröffnet, das durch gewapnetes Auftreten unserer Kollegenschaft glatt und zur vollen Zufriedenheit der Gesamtheit erledigt wurde. Ständen in Wagenfaktorkreisen die hiesigen Akkordpreise der Vorkriegszeit gerade nicht in bestem Ansehen, so glauben wir in dieser Beziehung nun ein gut Teil weltgemacht zu haben. Für Akkordarbeiter ist der Stundenlohn allgemein 2,20 Mk. Trotz der losen Fühlung mit der Zentrale und der übrigen Kollegenschaft Deutschlands werden wir bestrebt sein, auch fernherhin unseren Pflichten nachzukommen. Sonderbestrebungen finden bei uns keinen Boden.

Aus anderen Organisationen.

Ein Erfolg der Reiseartikelfattler Zürichs. Mit dem stadtzürcherischen Reiseartikelfirmen wurde vor dem kantonalen Einigungsamt eine Vereinbarung getroffen, wonach die bis jetzt bezahlten Löhne ab 2. Juni um 10 Proz. und ab 4. August um weitere 10 Proz. erhöht werden. Der Mindeststundenlohn ist dann etwa 90 Rp., der Maximalstundenlohn 2 Fr.

Am 5. Mai wurde in dieser Branche die 48-Stundenwoche mit Lohnausgleich eingeführt. Es hat leider erst der Streikandrohung der Arbeiter bedurft, um die Herren zum Entgegenkommen zu bewegen. Der Beweis ist aber damit erneut erbracht, daß auch im Gewerbe die 48-Stundenwoche möglich und durchführbar ist, und die Meisterverbände, die sich gegen die sofortige Einführung der

48-Stundenwoche so sperren, sollten den Widerstand gegen etwas aufgeben, das sie doch nicht mehr ändern können.

Die Reiseartikler in Arbon haben nach wiederholten Unterhandlungen mit der Firma Kehler u. Cie., Lederwarenindustrie, die Reduktion der noch 68stündig gewesenen Arbeitszeit auf 52 Stunden am 1. Juli, 60 Stunden am 1. September und 48 Stunden am 1. November erreicht, natürlich mit vollem Lohnausgleich. In der bezüglichen Vereinbarung ist erklärt, daß die 48-Stundenwoche schon vor dem 1. November eingeführt werden wird, wenn ein früherer Termin zwischen den beiden Verbänden der Lederarbeiter und der Reiseartikelfabrikanten abgemacht werden sollte.

Korrespondenzen.

Crimmitschau. Die Sattler- und Tapezierergesellen haben mit der hiesigen Tapezierer-Zwangsunion folgenden Tarifvertrag abgeschlossen: Arbeitszeit wöchentlich 48 Stunden. Lohn im 1. Jahre nach beendeter Lehrzeit 90 Pf., bis 21 Jahre, 1,20 Mark, über 21 Jahre alte Gehilfen 1,60 Mark pro Stunde. Für Ueberstunden werden 25 und 50 Proz. Zuschlag gewährt. Da wir durch die Laune einiger Kollegen, welche dem Verbands noch fernstehen, in einigen Geschäften keine Kontrolle haben, ob der mit Zustimmung des Schlichtungsausschusses anerkannte Tarif eingehalten bzw. ausgehängt wird bitten wir die zureisenden Kollegen bei Annahme von Arbeit nach hier sich bei der Ortsverwaltung, Kollegen Karl Vogt, Schieferstraße 6 nach den hiesigen Verhältnissen zu erkundigen.

Ein Mahnwort aus Grünberg. Der lange Krieg und die ihm folgende Revolution hat auch den Kollegen in Grünberg endlich den Weg zur Organisation gezeigt. Anstatt aber den Kollegen nun mit zur Seite zu stehen, welche schon vor dem Kriege trotz aller Drangsalierungen ihren Mann stellten, verächtlich mar sie und wirft ihnen nach Kräften Knüppel zwischen die Beine. Und die das tun, sind gerade diejenigen, welche vor dem Kriege die größten Unglimmer gewesen sind und die Organisation nur aufgehoben haben. Kollegen, soll das so weiter gehen, dann sind wir die längste Zeit ein geschlossenes Ganzes gewesen. Eine Zersplitterung darf nicht eintreten. Vertraut Euren Führern, helft mit, steht ihnen zur Seite. Diese Worte mögen besonders der Kollegen der Firma Baucholt beherrigen. Eiert den alten Kollegen nach, welche die Organisation geschaffen und auf die jegliche Höhe gebracht haben. Auch muß unser Versammlungsbesuch wieder besser werden. Wenn es sich nun einige Kollegen zur Aufgabe gemacht haben, in jeder Versammlung Anreden zu fassen, so begehen sie damit ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Für die Zukunft muß es gelten, alle Mann an Bord mit dem Ruf: „Einigkeit macht stark!“ Carl Böning.

Leipzig. In der Mitgliederversammlung am 20. Juni stand die Statutenberatung zum nächsten Verbandstage auf der Tagesordnung. Einleitend wies der Vorsitzende auf die Wichtigkeit des Verbandstages hin, da seit 1912 ein Verbandstag nicht mehr stattgefunden hat und erucht die Kollegen, in der Beratung und Beschlussfassung auf dem Posten zu sein. Ob wir in unserm Verband weiterhin das Unterstützungswesen bestehen lassen wollen, oder die Unterstützungen vom Staate verlangen, welcher verpflichtet ist, für die sozialen Schäden aufzukommen, das zu berater ist zunächst Aufgabe des Gewerkschaftskongresses, welcher Ende Juni stattfindet. Sodann wurde in die Statutenberatung eingetreten, wobei die Nr. 24 unserer Zeitung als Grundlage diente. Es wird beantragt, im § 1 des Statuts die Worte „ohne Unterchied der Religion und Parteizugehörigkeit“ zu streichen. Der vom Vorstand zum § 2 beantragte Zusatz „Militärverforgungsgehilfe“ findet keine Unterstützung und soll dieses Wort wieder in Befall kommen. Man kam in der Statutenberatung bis zum § 6, Absatz 3, bis wohin die weiteren Vorstandsanträge gutgeheißen wurden. Einverstanden ist man mit der Beitragsstaffelung, wie sie der Zentralvorstand vorschlägt, zum Eintrittsgeld aber stellte Kollege Verholl den Antrag, bei wiederholter Aufnahme das doppelte bzw. dreifache Eintrittsgeld zu erheben. Die Fortsetzung der Statutenberatung wurde auf den 4. Juli vertagt. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Der gescheiterte Reichstariertwurf, wurde nach dem Antrag des Kollegen Feidler die Ortsverwaltung beauftragt, in Gemeinschaft mit der im Februar gewählten Lohnkommission Verhandlungen mit den Arbeitgebern anzubahnen und soll als Grundlage hierfür der Reichstariertwurf gelten. — Schließlich wurde noch Klage geführt darüber, daß sich auf dem paritätischen Arbeitsnachweis der Sattler Unregelmäßigkeiten gezeigt hätten und sofortige Abhilfe seitens der dort amtierenden Personen verlangt. Hierauf Schluß der Versammlung 10½ Uhr.

Striegau. Am 19. Juni tagte hier unsere Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Lohnfragen, Kartellbericht und Verschiedenes. Nach Beratung des Protokolls, welches in Abwesenheit des Schriftführers durch den Vorsitzenden vorgenommen wurde, fand eine lebhaft Auseinandersetzung über den Punkt Lohnfragen statt. Da der Reichstariertwurf noch nicht unter Dach und Fach gekommen ist, beschloß die Versammlung, nunmehr bei den in Betracht kommenden Firmen auf eigene Faust Forderungen zu stellen. Der Vorstand wurde beauftragt, diesbezügliche einleitende Schritte zu unternehmen. — Dem Kartellbericht erstattete der Vorsitzende. Besonders machte er auf das am 6. Juli stattfindende Gewerkschaftsfest aufmerksam. Eine rege Beteiligung der Mitglieder bei dem geplanten Anzug ist dringend erwünscht. Um auch innerhalb unserer Zahlstelle die Geselligkeit zu pflegen, wird ein gemeinsamer Ausflug nach Reichau zum 28. Juni beschlossen. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten und einer Ermahnung des Vorsitzenden, im Interesse einer erspriechlichen Verbandsstätigkeit persönliche Anrempelungen zu unterlassen, wurde die anregend verlaufene Versammlung um 11 Uhr geschlossen.

Stuttgart. Am Montag, den 16. 6. 19 hat die hiesige Kollegenschaft der Reiseartikler, Portefeulle-, Sport-, Sattler- und Galanteriebranche in einer außerordentlichen Versammlung den Bericht über die am 4. 6. 19. in Nürnberg stattgefundenen Verhandlungen der Reichstariertkommission entgegengenommen und einstimmig nachstehende Entschlieung gefaßt, welche als Ausdruck ihrer unabhängigen Stellung zu einem — Reichstariert — dem Verband Württembergischer Lederwaren-Industrieller und der Gesamtkollegenschaft zugänglich gemacht werden soll.

Entschlieung. Die sehr gut besuchte Versammlung ist vor dem Resultat der Nürnberger — Kommissionsverhandlung — stark enttäuscht. Die Versammelten müssen aus demselben entnehmen, daß in gewissen Unternehmerrreisen noch ein großer Widerstand gegen die von den Arbeitnehmern einmütig geforderte gründliche Neuregelung des Heimarbeitersystems vorhanden ist, denn was unseren Vertretern als Sicherung gegen die Auswüchse und Schäden der Heimarbeit angeboten wurde, kann nicht als genügendes Entgegenkommen anerkannt werden, weil diese Zugeständnisse, in der Praxis angewendet, nicht viel anderes als eine tarifliche Sanftmüherung derjenigen Missetände bedeuten würde, welche schon lange Jahre hindurch von der Gesamtkollegenschaft Deutschlands als Hemmschuh einer gesunden Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse allerorts drückend empfunden wurde!

Die Versammelten billigen deshalb das Verhalten ihrer Vertreter in Nürnberg und halten unter allen Umständen an der im Reichstariertwurf der Arbeitnehmer ausgedrückten Bestimmungen über die Heimarbeit fest. Sie bedauern das negative Ergebnis von Nürnberg, halten aber nach wie vor die Schaffung eines Reichstariertes für unbedingt erforderlich und erwarten, daß auch in Unternehmerrreisen eine fortschrittliche Auffassung bezüglich der Heimarbeit Einfluß gewinnt, und die Verhandlungen über einen Reichstariert unter einem günstigen Stern baldmöglichst wieder aufgenommen und mit einem befriedigenden Resultat zu Ende geführt werden können.

Mit allen auf dieses Ziel gerichteten Maßnahmen ihrer Zentraltarifkommission erklären sich die Versammelten solidarisch!

Würzburg. Eine außerordentlich gut besuchte Versammlung fand am 18. Juni hier statt. Kollege Böhrer aus Nürnberg war anwesend und schilderte die gegenwärtige Lage sowie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Sein Vortrag wurde mit größter Aufmerksamkeit von den Kollegen verfolgt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde sodann zur Gründung einer Lokalkasse geschritten, welcher ein durch ein abgehaltenes Langvergrüben erübrigter Betrag von 82,50 Mk. als Grundstock überwiesen wurde. Einstimmig wurde der Wochenbeitrag ab 15. Juli für die Lokalkasse auf 10 Pf. festgesetzt.

Aus unserem Beruf.

Der Bund deutscher Lederwarenfabrikanten verfenet eine vorläufige Einladung zur zweiten Bundesversammlung in Berlin am 5. und 6. Juli. Am Sonnabend, den 5. Juli, sind Sondertagungen einiger Spezialbranchen der Lederwarenindustrie vorgesehen, u. a. der Koffer- und Reiseeffektenbranche und der Album-, Mappen- und Galanteriewarenbranche. Die Haupttagung findet sodann Sonntag vormittag 10 Uhr statt.

Adressenänderungen.

Würzburg. Die Adresse des Vorsitzenden ist Anton Liber, Neumannstr. 10 II.

Bekanntmachung.

Vierte Konferenz der Internationalen Vereinigung der Sattler und verwandten Berufsgenossen.

Die am 9. und 10. Mai 1913 in Wien abgehaltene 3. internationale Konferenz beschloß, die vierte Konferenz im Jahre 1913 in Kopenhagen im Anschluß an den Verbandstag der dänischen Bruderorganisation abzuhalten.

berufe ich nunmehr auf Grund des § 10 der Satzung die 4. internationale Konferenz am Donnerstag, den 18. September, im Anschluß an den Verbandstag der deutschen Bruderorganisationen nach Nürnberg ein.

Die Organisationen werden gebeten, bis zum 10. August ihre Vertreter zu bestimmen und Anträge einzureichen. Die gestellten Anträge werden dann noch vor Stattfinden der Konferenz zugleich mit der Tagesordnung zugefandt werden.

Berlin, den 22. Juni 1913.

Der internationale Sekretär.

Joh. Saffenbach, Berlin 16, Engelufer 15.

Sterbetafel.

Berlin. Am 18. Juni verstarb unser langjähriges Mitglied, der Sattler Robert Bannenberg, 59 Jahre alt. Am 19. Juni verstarb der Tischler Paul Ruffier, 82 Jahre alt. Am 23. Juni verstarb der Militärsattler Wenzel Dejl, 85 Jahre alt. Am 18. Juni verstarb die Kollegin Clara Borchardt, 65 Jahre alt und Frida Herzog, 24 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken.

Zentral Kranken- u. Begräbniskasse der Buchbinder u. verwandten Geschäftszweige.

Die nachverzeichneten Verwaltungsstellen laden hierdurch zu zahlreichem Besuch der am Sonnabend, den 19. Juli, stattfindenden

außerordentlichen Hauptversammlung

ein. Die Tagesordnung wird in sämtlichen Versammlungen außer etwaiger Erledigung örtlicher Angelegenheiten enthalten: Stellungnahme zu den Anträgen zur Generalversammlung und Wahl der Abgeordneten zu derselben.

Table with columns: Ort, Lokal, Beginn, and Maßzeit. Lists various locations and their respective meeting times for the assembly.

Die nichtverzeichneten Verwaltungsstellen geben Lokal und Zeitpunkt des Beginns der Versammlung und Wahlhandlung durch Zirkular oder in sonst geeigneter Weise bekannt. (Wegen Raumangel mußten die Anträge für die nächste Nummer zurückgestellt werden).

Günstige Gelegenheit!

Täschner und Galanterie selbstständige Persönlichkeit mit Erfahrung in Kalkulation und Mustermachen in Dauerstellung gesucht. Offerten unter Chiffre 85 an die Sattler- und Portefeuller-Zeitung.

Messel säckchen

ca. 16x27 cm groß, gewaschene, gebrauchte und neue, evtl. auch gefärbt und aufgetrennt, zu Wäsche, Futterzwecken, Büchtlichern etc. geeignet, offerieren Vereinigte Sad- und Istewarenfabriken G.m.b.H. Berlin NO., Greifswalder Straße 80.

Lederabfälle

jeder Art, auch kleine Posten, kauft Beseler, Berlin, Lintenstr. 97.

Advertisement for G. & S. Schumacher, G.m.b.H. featuring '1 Stanzer, 1 Lederzurichter' and 'Stettin, Lederwarenfabrik'.

Fachbücher für Sattler.

- List of books for saddlers including 'Der moderne Tapezierer', 'Der Handwerker als Kaufmann', 'Praktische Buchführung für den Handwerkerstand', etc.

Advertisement for Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63, 'Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer'.